

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 65. Ratssitzung vom 25. September 2019

### 1716. 2019/211

#### **Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:**

#### **Fonds für die Förderung des Umstiegs von Öl- und Gasheizungen auf eine CO<sub>2</sub>-freie Wärmeproduktion**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

**Guido Hüni (GLP)** begründet namens der GLP-Fraktion die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1275/2019): Wenn die grosse Stellschraube beim CO<sub>2</sub>-Ausstoss betrachtet wird, führt nichts daran vorbei, sich um die Öl- und Gasheizungen in der Stadt zu kümmern. Aktuell sind es noch etwa 170 000 Wohnungen, die mit der Energie aus Öl- und Gasheizungen versorgt werden. Das entspricht etwa 23 000 Öl- und Gasheizungen. Das Ziel muss sein, bis ins Jahr 2030 die Öl- und Gasheizungen weitgehend zu ersetzen. Mit dieser Motion soll der Stadtrat beauftragt werden, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen. Diese soll einen Fonds schaffen, der jährlich mit 50 Millionen Franken ausgestattet wird. Die Zielvorgabe dabei ist, alle Öl- und Gasheizungen bis ins Jahr 2030 zu ersetzen. Ausgenommen sind Gasheizungen in Gebieten, in denen der Einbau mit einer anderen Heizungstechnologie aus räumlichen Gründen nicht möglich ist. Die engen Verhältnisse im Niederdorf beispielsweise lassen keine Erdsondennutzung oder eine Holzschnitzelheizung zu. Dort sollen Gasheizungen weiterhin möglich sein, welche jedoch auf CO<sub>2</sub>-freie Wärmepumpen-Produktion umgerüstet werden sollen. Beispielsweise kann das mit Biogas erfolgen. Bereits bestehende Fördermassnahmen und Fördergelder sollen in den neuen Fonds integriert werden. Auch ein wichtiges Thema ist, dass heutzutage 80 Prozent aller Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die sich entscheiden, ihre Öl- oder Gasheizung zu ersetzen, sich wieder für eine solche entscheiden. Das ist der Fall, obwohl heute eine Erdsonde oder eine Holzschnitzelanlage wirtschaftlich betrachtet durchaus konkurrenzfähig ist. Die Anschaffungskosten sind jedoch im Vergleich zu einer Gasheizung höher. Das stellt ein Problem dar, wenn ein Vermieter die Nebenkosten auf die Mieter überwälzen kann und somit den Anreiz hat, eine günstige Heizung zu kaufen. Das soll auch behoben werden, indem der Fonds Beratungsangebote und Informationen für die Öffentlichkeit verbessert. Der Fonds beinhaltet eine Exitstrategie. Wir wollen nicht, dass dieser ohne Ende weitergeführt wird. Wenn das Ziel erreicht ist, sollte er aufgelöst werden. Das ist der Fall, wenn 95 Prozent der Öl- und Gasheizungen in den in Frage kommenden Gebieten auf eine CO<sub>2</sub>-freie Produktion umgestellt haben. In der Zwischenzeit haben sich Neuerungen ergeben. Eine Umsetzung des Fonds seitens der Verwaltung ist wegen der HRM2-Rechnungsregelung nicht möglich. Deshalb wird ein Textänderungsantrag gestellt.

**Rolf Müller (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am

*12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Die Motionäre fordern den Stadtrat auf, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, die einen Fonds schafft, der mit jährlichen Mitteln von 50 Millionen Franken ausgestattet wird. Das Ganze ist nicht Sache der Stadt. Unsere Bürgerinnen und Bürger wissen selbst, was zu tun ist. Die Stadt sollte sich nicht überall einmischen und dafür jährliche Mittel von 50 Millionen Franken bereitstellen. Dafür braucht es keine neuen Fördergelder; es gibt sie bereits, die unserer Meinung nach ausreichen. Bereits heute haben sich schon einige Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer auf neuere Modelle von Heizungen umgestellt – beispielsweise Erdsonden oder Pelletheizungen. Entsprechende Kampagnen bei den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern genügen vollends. Ab dem Jahr 2023 sollen für Altbauten, in denen Heizungen ersetzt werden müssen, ein CO<sub>2</sub>-Grenzwert gelten. Die Limite wird jedoch so gesetzt, dass in Zukunft keine weiteren Öl- und Gasheizungen eingebaut werden können. Wenn Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer zukünftig eine neue Heizung wollen, müssen sie sich nach alternativen Systemen umsehen. Wir wollen auch hier an die Eigenverantwortung der Hausbesitzer appellieren. Bei Altbauten finden immer wieder Umbauten statt. Bei einem solchen kann gleichzeitig die Heizung erneuert werden. In der im Moment herrschenden Klimahysterie ist unserer Meinung nach eine solche Motion nicht angebracht. Wenn alles bis ins Jahr 2030 umgesetzt werden sollte, was wir in der Fraktion stark bezweifeln, sind alle Mittel dazu recht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** *Wir konnten die Treibhausgasemissionen seit dem Jahr 1990 um 1,5 Tonnen pro Person reduzieren und sind jetzt bei 4,7 Tonnen. Damit sind wir noch weit weg vom langfristigen Ziel. Wahrscheinlich werden wir auch das Zwischenziel bis ins Jahr 2020 nicht erreichen. Wir müssen uns also fragen, mit welchen Massnahmen wir möglichst effizient mit einem grossen Schritt in die richtige Richtung gehen. Der grösste Hebel bei den Treibhausgasemissionen liegt neben dem Verkehr bei der Wärmeversorgung. 50 Prozent aller Treibhausgasemissionen in der Stadt stammen aus der Wärmeversorgung von Gebäuden. Die Wärme zum Heizen der Gebäude wird immer noch zu 80 Prozent mit fossilen Brennstoffen erzeugt. Es gibt in Zürich also noch tausende Öl- und Gasheizungen. Auch stellten wir fest, dass in den letzten Jahren immer noch 80 Prozent aller Hauseigentümerschaften bei einem Ersatz einer Öl- und Gasheizung wieder auf eine Öl- und Gasheizung wechseln. Die Gründe sind, dass noch zahlreiche Hürden bestehen. Eine davon sind die Investitionskosten: Es ist teurer, wenn eine Heizung mit erneuerbarer Energie installiert wird. Auch ist es der Fall, dass das Baubewilligungsverfahren teilweise zu wenig bekannt und teilweise zu kompliziert ist. Es sind aber auch die Informationen: Wir mussten feststellen, dass viele zu wenig Bescheid wissen darüber, welche Alternativen in ihrem Quartier vorhanden sind. Die Stadt bietet bereits Vieles an: Energie-Coachings, 2000-Watt-Beiträge, Pilotprojekte, bei denen wir beispielsweise 50 Prozent des Restwerts der fossil betriebenen Heizungen mitfinanzieren. Das sind Angebote, die bis anhin einiges beigetragen haben. Wir sind jedoch immer noch weit weg vom Ziel. Intern arbeiten wir bereits an einem Anschubprogramm für den Heizungsersatz. Wichtig ist auch, dass wir uns mit diesem Programm an die übergeordneten Richtlinien des Kantons und Bundes halten. Der Entscheid des Ständerats, der*

diesen Montag fiel, dass bei Altbauten strengere CO<sub>2</sub>-Grenzwerte eingeführt werden ist zu begrüssen und führt sicherlich zu einer Beschleunigung der Umsetzung. Wir sind uns bewusst, dass auch das nicht ausreichen wird und dass es weitere Massnahmen braucht. Das gilt auf für die kantonale Ebene, auf der sich das Energiegesetz im Moment in der Überarbeitung befindet. Wir gehen davon aus, dass dort auch weitere Weichen definiert werden, um den Prozess weiter zu beschleunigen. Der Fonds sei nicht das richtige Instrument. Diesbezüglich folgt ein Textänderungsantrag. Wir gehen davon aus, dass wir die Möglichkeit haben, mit einem Rahmenkredit etwas präsentieren zu können. Dem Stadtrat ist bewusst, dass Handlungsbedarf besteht. Darum begannen wir bereits mit der Überprüfung und der Aufbereitung von möglichen Varianten.

**Andreas Kirstein (AL)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Es handelt sich um eine interessante Motion, die bereits ein Sanierungsfall ist. Die AL versucht das in zwei Schritten zu machen. Die erste Sanierungsnotwendigkeit wurde bereits von STR Andreas Hauri erwähnt. Die zweite notwendige Korrektur betrifft den Energieersatz. Es muss gewissermassen verhindert werden, dass das Ganze zu einer Mietpreistreiberei wird. Häufig ist es so, dass gewisse Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer trotz scheinbar besseren Wissens auf eine herkömmliche Energielösung setzen. Häufig ist es nicht damit getan, die eigene Heizung durch etwas Neues zu ersetzen wie etwa durch eine Wärmepumpe. Einerseits geht das häufig nicht, weil der Wirkungsgrad so viel kleiner ist, dass meistens auch eine Sanierung der Gebäudehülle notwendig ist. Dann handelt es sich um eine grössere Investition im Vergleich zum Ersatz der alten Ölheizung durch eine modernere und vielleicht emissionsfreiere. Das muss geändert und so gestaltet werden, dass das Ganze nicht alleine auf Kosten der Mieterinnen und Mieter geht. Die Mieterbewegung endete in der Energiedebatte 2017 deutlich mit einer Niederlage. Im Gebäudebereich werden die Lasten ungleich verteilt. 90 Prozent der Haushalte leben in der Stadt zur Miete. Über ihre Heizkosten bezahlen die Mieterinnen den überwältigenden Teil der CO<sub>2</sub>-Abgaben. Ein Drittel davon erhalten die Vermieter und Eigenheimbesitzer als Subvention ohne die geringste Auflage. Mangels griffigen Kündigungsschutzes in der Schweiz bezahlen die Mieterinnen und Mieter oftmals doppelt mit dem Verlust ihrer angestammten Wohnung, die nach der Energiesanierung nicht mehr bezahlbar ist. Lobbystarke Organisationen wie der Hauseigentümerverband benützen die Klimadebatte, um alle Umstellungskosten auf die Mieterinnen abzuwälzen. Die überwälzen zuerst die CO<sub>2</sub>-Abgaben auf die Mieter, kassieren einen Drittel davon als Subvention für die energetischen Sanierungen, kündigen den bisherigen Mietern, um teurer zu vermieten und können am Ende alles von den Steuern abziehen. Das kann nicht der Zukunft von diesem Weg entsprechen. Mir ist klar, dass meine Textänderung zahnlos ist. Wir stimmen am Schluss aber trotzdem zu, weil heute Klimanacht ist. Wir müssen vielleicht wieder mit dem Mieterverband, den Mieterinneninteressen und Hauseigentümerverband eine Lösung finden, um die Kosten anders verteilen zu können. Die vorgeschlagene Textänderung fügt nach dem dritten Satz ein: «Es soll vermieden werden, dass ein städtisch geförderter Heizungsaustausch als Grund für eine Mietzinserhöhung angeführt werden kann.»

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** Die Grundstossrichtung der Motion ist uns sehr sympathisch. Es geht darum, nicht mit Verboten oder Zwang, sondern mit einem Anreiz und mit Informationen die Leute zu einem vernünftigeren Handeln zu bewegen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die Motion nicht zu retten ist. Wir stimmen den Vorstössen nicht zu, die planlos, masslos und nutzlos sind. Leider treffen alle drei auf diese Motion zu. Planlos: Es besteht ein Problem. 80 Prozent aller fossilen Heizungen werden durch neue fossile Heizungen ersetzt. Der Erneuerungszyklus beträgt zwanzig bis dreissig Jahre. Wenn es so weitergeht, haben wir also auch in 300 Jahren noch fünf Prozent fossile Heizungen. Die Problemlösung entspricht nicht einem Plan. Geld soll dem Stadtrat zur Verfügung gestellt werden und er sollte etwas damit machen. Informationen zum Plan gibt es nicht. Es handelt sich nicht um eine Analyse zum Markt für Öl- und Gasheizungen und andere Heizungstypen und analysiert den Grund dafür, warum der Markt heute so funktioniert wie er es tut. Mit der Motion sollte das Problem gelöst werden, indem der Regierung 50 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. In zehn Jahren entspricht das einer halben Milliarde Franken. Das ist masslos. Wie kommt man auf den Betrag von 50 Millionen Franken? Dazu hat sich Guido Hüni (GLP) nicht geäussert. In zehn Jahren entspricht dieser Betrag 22 000 Franken für jede der 23 000 fossilen Heizungen. Wir sollten uns fragen, ob es sozialpolitisch sinnvoll ist, das Geld so umzuverteilen. Spannend ist, dass eine Öl- oder Gasheizung für ein Acht-Parteien-Haus 30 000 bis 40 000 Franken kostet. Der Betrag einer Erdsonden-Heizung liegt bei 80 000 bis 100 000 Franken. Wenn ein finanzieller Anreiz gesetzt werden sollte, reicht eine halbe Milliarde Franken nicht aus, obwohl das sehr viel Geld ist. Um einen Anreiz zu schaffen, müssten in zehn Jahren etwa 1,5 Milliarden Franken zur Verfügung gestellt werden. Bei der Motion bestehen also ein Übermass sowie ein Untermass. Und noch zum Punkt der Nutzlosigkeit: Es ist nicht so, dass in diesem Bereich nichts geschieht. Es gibt das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Auch das bedeutet Kosten und macht andere Investitionen interessanter. Zum zweiten gibt es die «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKE) 2014, die relativ deutliche Voraussetzungen schaffen und festhalten, unter welchen Umständen in Zukunft eine fossile Heizung mit einer fossilen Heizung ersetzt werden darf. Der dritte Aspekt ist der Richtplan unserer Gemeinde. Dieser hält fest, in welchen Zonen zukünftig welche Energieversorgung bestehen soll. Diese Motion greift in einem System ein, das bereits darauf ausgerichtet ist und das bereits in die richtige Richtung geht. Wir Freisinnigen lehnen darum heute auch die von der AL sanierte Motion ab. Wir sind jedoch gerne bereit, weiter in diese Richtung zu denken: Welche Informationen braucht der Hauseigentümer und welche Anreize müssen für ihn geschaffen werden, damit eine höhere Konversionsrate von fossilen zu erneuerbaren Heizungen entsteht?

**Dr. Mathias Egloff (SP):** Es handelt sich hier nicht um die reinste Motion; das Klima zu retten, ist ein Drecksjob, aber jemand muss es machen. Holz fängt nicht von selbst an zu brennen. Wenn Holz angezündet wird, muss es erst etwas hinzugefügt werden, das die Flamme am Brennen hält, bis alles so heiss ist, dass es von selbst brennt. Erst muss eine Aktivierungsenergie erzeugt werden, damit der Prozess spontan weitergeht. Obwohl die Sonne gratis und zuverlässig scheint und unser gesamter Energiebedarf locker decken kann und obwohl die Technik längst vorhanden ist, besteht immer noch eine grosse Mehrheit von Öl- und Gasheizungen. Leider wird das nicht besser; da immer

noch 80 Prozent der Eigentümerschaft bei einer Erneuerung wieder eine Ölheizung anschafft. Das geschieht aus Unwissen oder weil es momentan gerade günstiger ist. Wenn es umgekehrt wäre, würden innerhalb von kurzer Zeit alle fossilen Heizungen ersetzt werden. Die Sonne scheint gratis und die Erde ist im Inneren gratis warm. Warum geschieht dies also nicht von selbst? Weil die Aktivierungsenergie fehlt. Die Aktivierungsenergie entspricht Investitionen, die sich wie alle Investitionen erst nach einer Weile auszahlen. Nach einer gewissen Zeit gehen alle Investitionen automatisch in die richtige Richtung, weil die Sonnenenergie gratis ist. Öl und Gas entsprechen teuren «Abofallen», in denen wir gefangen sind; die Sonne entspricht sinngemäss einer günstigen Flatrate. Für die Vorausgehenden darf das Risiko nicht untragbar und der Preis darf nicht ruinös sein. Sonst beginnt niemand damit. Um das zu beheben braucht es Geld. Wir befinden uns in einer beispiellosen Negativzinsphase. Eigentlich bezahlen uns Investitionswillige Geld, damit wir handeln. Wir sollten handeln; bis die Zinsen wieder steigen, werden die Investitionen wieder hereingeholt. Jede Generation von Solaranlagen hat eine kürzere Zeit als die letzte, bis sie im Plus ist. Ein Kraftwerk, das wir heute bauen, obwohl es sich beim heutigen Strompreis nicht lohnt, zahlt sich trotzdem aus, weil das Geld jetzt günstig ist und der Strom in der Zukunft wieder teurer wird. Darum sollte das in unserer Rentabilitätsrechnung berücksichtigt werden und Investitionen sollen getätigt werden, die scheinbar noch nicht rentieren. Wichtiger als das Orakeln über zukünftige Preise ist, dass wir das Richtige machen. Wir wissen, was das ist: Wir müssen alle Energien und Rohstoffe erneuerbar machen – der Strom, die Wärme, die Lebensmittel, die Dienstleistungen, die Ferienreisen, die Hallenbäder, die Verpackungen, die Waschmaschinen, die Waldkindergärten, die Immobilienfonds, die strukturierten Finanzprodukte, die Aldis. Was wir machen müssen, ist einfach und schwierig. Alle müssen im Boot sein, es darf möglichst keine Verlierer geben und es muss gerecht sein. Schwierig ist, alle dazu bringen, das zu tun, was richtig ist.

**Walter Angst (AL)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Ich bin vom Stadtrat enttäuscht, dass er alles und ohne Feedback übernimmt. Ich bin das erste Mal glücklich über das neue Gemeindegesetz und die Regelung, dass Fonds nicht frei aufgelegt werden können. Um einen Fonds einzurichten, braucht es eine Rechtsgrundlage des Kantons. Die gibt es hier nicht, damit ist der Fonds hinfällig. Es ist möglich, dass mit dem neuen Energiegesetz ein Fonds gebildet oder ermöglicht wird, darauf wollen wir jedoch nicht warten. Ich kann einige Aussagen von Severin Pflüger (FDP) nachvollziehen. Es handelt sich nicht um den Königsweg, die gesamte Stadt mit Erdsonden zu durchlöchern. Dann werden die Erdsonden nichts mehr hergeben. Viele Fragen müssen diskutiert werden. Mit der Textänderung, welche die Motion saniert, entsteht die Möglichkeit, dem Stadtrat eine Vorlage zu präsentieren, die vernünftig ist. Es wird sich dann nicht mehr um die Mutter aller Klima-Motionen handeln, mit der eine halbe Milliarde Franken hinausgeworfen wird. Es wird sich um etwas handeln, das entwickelt und dem Gemeinderat vorgelegt wird und über das in einer Volksabstimmung entschieden wird. Am Anfang wird «kreditschaffende» sowie «die einen Fonds schafft und diesen mit jährlichen Mitteln in Höhe von 50 Mio. Franken ausstattet» gestrichen und im restlichen Text wird der «Fonds» mit dem «Programm» ersetzt. Für das Programm muss eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Es ist sehr offen, was getan werden kann. Ein Rahmenkredit

wäre eine Möglichkeit. Die alte Formulierung würde jedoch einem 500-Millionen-Franken-Topf entsprechen, mit dem Subventionen ausgeschüttet werden – eine unangenehme Vorstellung. Der Weg über eine Änderung der Gemeindeordnung oder über eine Verordnung ist wohl der bessere Weg, über den der Gemeinderat im Rahmen des Budgets entscheiden kann, wieviel Geld notwendig ist.

**Simone Hofer Frei (GLP):** Jeder Ölkessel, der heute mit seinesgleichen ersetzt wird, entspricht einer verpassten Chance und eine Fehlinvestition. Es wird 20 Jahre dauern, bis wieder ein Heizungsersatz fällig ist – 20 Jahre, in denen munter CO<sub>2</sub> verströmt wird, was dem Besitzer insgesamt höhere Kosten beschert. Es gibt heute bessere und günstigere Arten, als sein Wohnzimmer mit Öl oder Erdgas zu heizen. Richtig berechnen die institutionellen Immobilienbesitzer. Pensionskassen und Versicherungen sind dabei, ihre Immobilienbestände zu modernisieren. Warum schreitet die Sanierung des Gebäudeparks nicht schneller voran? Obwohl mit dem Gebäudeprogramm des Bunds und der Kantone bereits ein attraktives Förderprogramm besteht. Es ist der Zeitaspekt. Der Wechsel auf eine erneuerbare Energie bedingt erst eine grössere Investition. Oft braucht es auch eine bessere Dämmung der Gebäudehüllen. Für private Hauseigentümer ist eine Investitionsrechnung über 10 bis 20 Jahre schlichtweg sehr lange – etwa für ein älteres Ehepaar, das ein Mehrfamilienhaus besitzt oder für eine junge Familie, die einen Hauskauf stemmen muss, während die Mittel knapp sind. Oft fehlt es an Wissen oder an Planung. Wenn die Heizung mitten im Winter aussteigt, bleibt keine Zeit, um sich Gedanken zu machen. Darum braucht es weitere Anreize. Es macht Sinn, dass sich die Stadt mit Anreizen, Förderung und Informationen engagiert. Wie genau das geschehen soll, dafür braucht es einen vernünftigen Plan.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Es braucht keine Zwangsmassnahmen und keine Lenkungsmassnahmen – es braucht gesunden Menschenverstand und Selbstverantwortlichkeit. Das ist viel einfacher, als man meint. Als ich vor einigen Jahren ein Haus baute, stellte sich die Frage, wie geheizt werden soll. Die Antwort war keine Ölheizung, sondern ein Wärmetauscher. Das braucht relativ viel Strom. Es stellte sich die Frage, ob Erdsonden verwendet werden sollen. Die Erkenntnis war, dass das zu teuer ist und dass es sich nicht lohnt. Dann stellte sich die Frage, ob Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach gebaut werden sollen. Die Prüfung ergab, dass das viel zu wenig Effekt bewirkt. Der Wärmetauscher reicht für alle normalen klimatischen Verhältnisse bis -15°aus. Wenn die Temperaturen tiefer sind, reicht er nicht mehr aus. Dann hätte die Erdsonde geholfen. Das sind aber solch seltene Fälle, dass sich diese Investition nie gelohnt hätte. Darum wird ein Cheminée eingebaut. Das wird nur im Extremfall oder wenn eine politische Diskussion im Sinne eines Kaminfeuergesprächs geführt werden will gebraucht. Vernünftigerweise wurden Wärmestrahler- und Wärmespeicherplatten eingebaut, damit die Wärme nicht nach oben verschwindet. Die Frage stellte sich, ob das Ganze mit Minergie isoliert werden sollte. Dann hätte viel Geld für das Label bezahlt werden müssen und das Öffnen der Fenster wäre nicht mehr möglich gewesen. All das ist gesunder Menschenverstand. Es braucht keine staatlichen Massnahmen. Selbstverantwortlichkeit ist das Schlagwort.

**Guido Hüni (GLP)** ist mit beiden Textänderungen einverstanden: In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass Zürich über beschränkte Mittel verfügt. Diese sind kantonal und national vorgegeben. Im Ständerat wird zwar gerade darüber debattiert, den Grenzwert so zu erhöhen, dass es faktisch ab dem Jahr 2023 nicht mehr möglich ist, Ölheizungen einzubauen. Mit den 50 Millionen Franken sprach Severin Pflüger (FDP) einen wunden Punkt an. Aber die Ausführungen dazu erinnerten mich an die amerikanischen Justizsendungen. Es sind hohe Massstäbe, die an die Motion angesetzt werden. Es ist trotzdem gewagt, im FDP-Glashaus mit Steinen zu werfen. Wir werden beide Textänderungen annehmen und hoffen auf eine gute Sache, da der Stadtrat nun um noch grössere Möglichkeiten für die Umsetzung verfügt.

**Severin Pflüger (FDP):** Als ich sagte, dass die Motion nicht sanierbar ist, unterschätzte ich die Genialität von Walter Angst (AL) und der AL. Dieser komplett neuen Motion können wir zustimmen. Dies aus einem einfachen Grund. Mein Professor an der Universität sagte stets, dass die Gesetzeskenntnis die Rechtsfindung ungemein erleichtert. Was in der abgeänderten Motion festgehalten wird, ist präzise das, was in Art. 2<sup>ter</sup> Abs. 2 lit. c unserer Gemeindeordnung festgehalten wird: Die Stadt Zürich bezweckt «die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen». Wir können nicht gegen eine Motion sein, die etwas fordert, das in der Gemeindeordnung bereits festgehalten ist.

#### Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine ~~kreditschaffende~~-Weisung vorzulegen, ~~die einen Fonds schafft und diesen mit jährlichen Mitteln in Höhe von 50 Mio. Franken ausstattet. Damit~~ damit soll der Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf CO<sub>2</sub>-freie Wärmeproduktion gefördert werden kann. Zielvorgabe ist der Ersatz aller Öl- und Gasheizungen bis 2030. Ausgenommen davon sind Gasheizungen in Gebieten, in welchen eine CO<sub>2</sub>-freie Wärmeproduktion nicht möglich ist. Bereits bestehende Fördermassnahmen, insbesondere die Fördergelder für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen beim Anschluss an einen Wärmeverbund bis Juni 2020 und die 2000-Watt-Förderbeiträge für Wärmepumpen, werden in ~~den neuen Fonds~~ das Programm integriert. ~~Mit der Schaffung des Fonds wird gleichzeitig das~~ Das bereits bestehende Informations- und Beratungsangebot intensiviert. Wenn das neue kantonale Energiegesetz wirksame Anforderungen an energetische Sanierungen bei Bestandesbauten festschreibt und selbst Fördermassnahmen vorsieht, so ist ~~eine entsprechende Anpassung des Fonds vorzunehmen~~ das Programm anzupassen. ~~Der Fonds~~ Das Programm wird aufgelöst, wenn 95% aller Öl- und Gasheizungen in den in Frage kommenden Gebieten ersetzt sind oder dauerhaft auf CO<sub>2</sub>-freie Wärmeproduktion umgestellt haben.

Die geänderte Dringliche Motion wird mit 105 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat